

**Christopher Vogt, MdL**  
Vorsitzender

**Anita Klahn, MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende

**Oliver Kumbartzky, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 393/ 2018  
Kiel, Dienstag, 13. November 2018

Bildung/Digitalpakt Schule

## Christopher Vogt: Union und SPD müssen beim Digitalpakt endlich auf FDP und Grüne zugehen

Zur bevorstehenden Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund Ländern über die Ausgestaltung des „Digitalpakt Schule“ erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christopher Vogt:

„Es ist zunächst einmal eine gute Nachricht, dass immerhin Bund und Länder beim Digitalpakt kurz vor einer Einigung stehen. Was die Bundesregierung hierzu bisher vorgelegt hat, ist allerdings ziemlich ambitionslos und wenig zielführend. Deutschland wird im internationalen Vergleich nur aufholen können, wenn Bildung in unserem Land endlich dauerhaft zur gesamtstaatlichen Aufgabe gemacht wird. Befristete Investitionsprogramme des Bundes werden unser Land bei der überfälligen Digitalisierung der Schulen nicht wirklich voranbringen können.

Die FDP-Landtagsfraktion fordert ein stärkeres und auch verlässliches Engagement des Bundes in der Bildungspolitik. Der gesamte Bildungsbereich hat für die GroKo bisher aber leider keine Priorität. Wir fordern, dass der Bund dauerhaft mehr Mittel zur Verfügung stellt, und dass es keine degressive Ausgestaltung geben soll. Zudem sollen die Bundesmittel auch für das benötigte Personal und die Dienstleister ausgegeben werden können, denn es werden ja nicht nur Endgeräte benötigt, sondern auch Menschen, die die Geräte warten können.

Die nächste Hürde, die der Digitalpakt nehmen muss, ist eine Grundgesetzänderung. Union und SPD müssen deshalb im Bundestag endlich auf FDP und Grüne zugehen und deren berechnete Forderungen berücksichtigen, wenn man nicht mit AfD und Linken zusammenarbeiten will. Nicht FDP und Grüne stehen hier einer Einigung bisher im Weg, sondern Union und SPD. Die Bundesregierung kann nicht erwarten, dass die Opposition nach jahrelangem Warten einfach die Hacken zusammenschlägt und den dürftigen Vorschlag abnickt. Wenn die GroKo-Parteien sich endlich bewegen, kann es eine sehr schnelle Einigung zum Wohle unserer Bildungslandschaft kommen.“